



BILD: Scharia in Deutschland



In München prangte es gestern als Aufmacher an allen Zeitungskästen der Bild und beherrschte die Seite zwei als Tagesthema. Dabei hing der arabische Schriftzug der islamischen Gesetzgebung bedrohlich auf schwarzem Hintergrund unter der reißerisch in großen Lettern geschriebenen Titelüberschrift „Scharia-Report Deutschland“. Im Kommentar sprach sich der Autor Franz Solms-Laubach für eine klare Kante aus: Der Rechtsstaat solle klare Grenzen ziehen und sich Respekt verschaffen. Millionen Moslems gehörten zu Deutschland, die Scharia aber nicht. Vielehen, Kinderhochzeiten und Friedensrichter müssten nach der Ansicht des Autors daher strikt verboten werden, um einer Voraussetzung für die Integration in den deutschen Alltag und seine Regeln zu ermöglichen.

(Von Michael Stürzenberger)

In dem Artikel, der im Internet nur [bei Bild Plus](#) durch Zuzahlung von 99 Cent oder mit einem Abo zu lesen ist, wird gleich zu Beginn der Fall des Kurden Nurettin B. dargestellt, der seine Frau mit dem Auto an einem Seil durch Hameln schleifte. PI hatte über diesen weiteren Fall islamischer Barbarei [berichtet](#) und Akif Pirinçci thematisierte es mit seinem ironisch-bissigen Kommentar „[Trend Schleifing](#)“ ebenfalls. Der Kurde hatte aber, wie die Bild erfahren hat, nicht nur diese eine bedauernswerte Ehefrau, sondern sogar noch drei weitere, die er nach islamischem Recht geheiratet hatte. Dies sei kein Einzelfall, wie sich das Scharia-Recht über deutsches Recht stelle.



Dass eine illegale Paralleljustiz nicht zu tolerieren sei, schrieb die Union und die SPD bereits 2013 in ihrem Koalitionsvertrag, aber passiert sei kaum etwas. Eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe warnte im November 2015, dass diese außerhalb unserer Rechtsordnung stehende und dem Wertesystem des Grundgesetzes widersprechende Paralleljustiz tatsächlich stattfände.

Laut Schätzungen aus Justizkreisen gebe es in Deutschland mittlerweile auch eine mittlere dreistellige Zahl von selbst ernannten Friedensrichtern nach dem Scharia Recht. Dies würde bedeuten, dass um die 500 Scharia-Richter am Werk sind. Ohne Ausbildung und gesetzliche Legitimation würden sie

Streitigkeiten aller Art zwischen moslemischen Tätern und Opfern privat regeln und das Strafmonopol des Staates systematisch unterlaufen.

Imame nähmen immer öfter Eheschließungen vor. Offizielle Zahlen hierzu gäbe es nicht, da dies an der Verwaltung vorbei geschehe. Es gebe aber Schätzungen, dass beispielsweise im Berliner Stadtteil Neukölln 30 Prozent aller arabischstämmigen Männer zwei Frauen hätten. Da sich diese Männer oft ihre zweite Frau nicht leisten könnten, müsse der Staat diese Bigamie finanzieren. Wenn die Zweit- oder Dritt-Ehe im Ausland geschlossen worden sei, würde dies in Deutschland in der Regel geduldet werden.

Den Behörden seien zudem mehr als tausend Fälle von Kinderehen bekannt. Hierzu plant der Gesetzgeber ein Bußgeld von 1000 Euro, wenn ein Imam eine Ehe mit einer unter 16-Jährigen schließt. Aber das muss erstmal bekannt werden, denn bekanntermaßen schotteten sich die islamsichen Gegengesellschaften hermetisch ab.

Als weiteres Beispiel der Islamisierung beschreibt die Bild auch die Scharia-Polizei, die im Herbst 2015 durch Wuppertal patrouillierte. Unerwähnt bleibt, dass die uniformierten Scharia-Polizisten unter Sven Lau vom Gericht in Wuppertal [freigesprochen wurden](#). Sie hätten sich keines Verstoßes gegen die Uniformierung strafbar gemacht, da von den Warnwesten keine einschüchternde Wirkung ausgegangen sei.

Ein haarsträubendes Urteil, das schon als Unterwerfung unter die Scharia gewertet werden kann. Diese selbsternannten Polizisten ermahnten Moslems, keinen Alkohol zu trinken, nicht an Glücksspielen teilzunehmen, keine Musik zu hören, keine Konzerte zu besuchen, keine Pornografie anzusehen, nicht zu Prostituierten zu gehen und keine Drogen einzunehmen. Damals waren auch gelbe Flyer mit der Aufschrift „Shariah Controlled Zone“ (Scharia-kontrollierte Zone) in Umlauf, die in dem selbstgedrehten Video der Scharia-Polizei zu sehen waren. Die

Ausführung dieses illegalen islamischen Rechtes auf deutschem Boden in Uniform zu billigen, ist ein weiteres Armutszeugnis der linksverdrehten Gutmenschenjustiz hierzulande.

Unions-Fraktionschef Volker Kauder muss mit absoluter Blindheit geschlagen sein, denn Anfang 2015 behauptete er noch im Interview mit dem Tagesspiegel beinhart, dass es [keine Islamisierung in Deutschland](#) gäbe:

„Es gibt keine Islamisierung Deutschlands. Vier Millionen Muslime leben in Deutschland bei einer 80-Millionen-Bevölkerung. Wer da von Islamisierung spricht, der will die Menschen bewusst verunsichern.“

Und er fiel öffentlich auf den in Bezug auf den Islam dauerlügenden Moslem-Zentralratsvorsitzenden Aiman Mazyek herein:

„Der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, hat vor dem Brandenburger Tor klar gesagt, dass sich Terroristen nicht auf den Koran berufen können. Das war wichtig und hat mich wirklich sehr beeindruckt.“

Deutlicher kann ein zentraler Politiker der Altparteien seine völlige Ahnungslosigkeit über den Islam nicht mehr unter Beweis stellen:

„Ich habe die Hoffnung, dass die Muslime in Deutschland nach den Pariser Anschlägen insgesamt die Inhalte der Religion jetzt noch einmal neu betrachten und noch aktiver gegen den Missbrauch ihrer Religion Stellung beziehen.“

Im Dezember 2014 hatte der Zweite Deutsche Staatsfunk ebenso beinhart behauptet, dass es keine Islamisierung Deutschlands gebe ([PI berichtete](#)).

Dieser Artikel der Bild kann als Zeichen gewertet werden, dass

sich Medien so langsam Gedanken darüber machen, ob sie nicht an der Lebenswirklichkeit der Menschen in unserem Land vorbeischreiben, wenn sie die zügig voranschreitende Islamisierung weiter schönfärben und sich vor den Karren der bescheuerten „Islam-bedeutet-Frieden“-Propaganda der moslemischen Funktionäre spannen lassen. Die zurückgehenden Verkaufszahlen scheinen doch Druck auszuüben. Lügen haben eben kurze Beine und letztlich zahlt es sich doch nicht aus.